Leipziger Handelszeitung.

Peniger Maschinenfabrik und Eisengießerei,

) Die Generalversammlung, über die wir schon kurz berichtet haben, nahm einen sehr erregten Verlauf. Sofort nach Vorlegung des Geschäftsberichts gab ein Aktionär namens einer Aktionärgruppe eine Erklärung ab, der wir folgendes entnehmen: „Ich habe am Schlusse meiner vorjährigen Denkschrift wörtlich gesagt: „Ich stelle der Gesellschaft anheim, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen, denn dem heutigen Abschluß nach wird die Gesellschaft in absehbarer Zeit saniert werden müssen. Auf diesen Punkt müssen diejenigen Aktionäre, welche hier nicht vertreten sind, rechtzeitig aufmerksam gemacht werden, denn jetzt scheint es bei energischen Vorsichtsmaßregeln noch möglich zu sein, den anscheinend guten Kern der Gesellschaft nutzbar zu machen." — Die Gesellschaft verlangt heute von uns Aktionären 1 280 000 ℳ und ist nicht einmal in der Lage, erklären zu können, daß sie in absehbarer Zeit ihren Aktionären ein Resultat vorlegen kann, daß nach jahrelanger Dividendenlosigkeit auch einmal eine Rente, in der kleinsten Form, zu erwarten steht. — Ein Geschäft, welches mit mit derartigen Umsätzen und Kapitalien arbeitet und einen einigermaßen erträglichen Ueberschuß nicht liefert, hat die Existenzberechtigung verloren. Die Verwaltung will, um die „Umsätze zu vergrößern und die Fabrikation zu verbilligen", neue Mittel haben. Das heißt in Kaufmannsprosa, die Gesellschaft ist mit ihren heutigen Preisen nicht billig genug; Aktionäre, schafft neue Mittel, damit wir Einrichtungen schaffen können, mit welchen wir billigere Waren herstellen. Sie sehen also, daß es unmöglich ist, das Geschäft auf Grund guter Waren zu angemessenen Preisen zu machen oder daß die Herstellungsweise so verbilligt wird, damit die Aktionäre die Vorteile genießen. Es wird seitens der Leitung nur darauf hingearbeitet, recht billige Verkaufspreise herauszubringen, und wo ein derartiges Geschäftsgebaren hinführt, brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen." Redner kritisiert dann besonders scharf und eingehend die Bilanz und das mangelhafte Ziffernmaterial. Er führt aus: „Bezüglich der Liquidität der Gesellschaft ist, wie folgende Aufstellung zeigt, eine Verschlechterung gegen das Vorjahr eingetreten:

1910			1911		
Aktiva		Passiva	Aktiva		Passiva
Kassekonto	4 197	Kredit. 361 378	Kassek.	26 832	Kredit. 643 232
Wechsel	9 329		Wechsel	60 062	Akzepte 54 373
Debit.	1 168 863		Debit.	1 422 963	

Während äußerlich 1911 ein um 22 000 ℳ größerer Kassabestand angeschafft worden ist und auch die Wechsel reichlich 50 000 ℳ mehr betragen, sind die Außenstände um 254 000 ℳ angewachsen. Dagegen gibt uns die Kreditseite ein erschreckendes Bild, da die Schulden um 281 859 ℳ gestiegen und ein eigenes Akzeptkonto in Höhe von 54 373 ℳ dazu tritt. Es wäre richtiger, wenn im Bilanzkonto ausgeführt worden wäre, wie hoch die Forderungen der Banken und diejenigen der Warenlieferanten sind. Die Warenvorräte sind in diesem Jahr um 80 000 ℳ größer als im Vorjahre, so daß auch hieraus die großen Kreditorenposten nicht zu rechtfertigen sind. Jedenfalls muß man konstatieren, daß der Umsatz gestiegen ist, wenn man wenigstens erfahren könnte, wie groß der diesjährige Mehrumsatz ist — den Umsatz verschweigt die Verwaltung —, so ließe sich annähernd feststellen, wieviel Mehrumsatz nötig ist, um einmal Dividende auszahlen zu können.

Ich komme nun zum Gewinn- und Verlustkonto und finde keine Worte dafür, daß die Verwaltung die geringe Einsicht in diesen Teil, die sie im vorigen Jahre noch den Aktionären gestattet hat, glatt vorenthält. — Die geringere Liquidität, die ich eben erwähnt habe, äußert sich in dem um 20 700 ℳ gestiegenen Betrag für Zinsen und Skontis. Auf der Debetseite hat die Verwaltung entgegen ihrer früheren Gewohnheit diesmal das Lohnkonto fehlen lassen. Wenn sich der Posten Generalunkostenkonto zusammensetzt aus: Saläre, Reisekosten, Reklamekosten, Fuhren, Reparaturen und Betriebsunkosten, so habe ich festgestellt, daß für diese sechs Kontis im vorigen Geschäftsjahre 610 045 ℳ ausgegeben worden sind, in diesem Jahre auch hier wieder ein Mehr von 62 848 ℳ. Es ist sonach wiederum festgestellt, daß alles andere bei der Gesellschaft seinen üblichen Steigerungsgang nimmt, nur keine Gewinnüberschüsse für die Aktionäre können geschaffen werden. Der in diesem Jahre herausgerechnete Reingewinn von 9351 ℳ beträgt gerade 1 Proz. des Rohgewinns und etwas über ¼ Proz. des jetzt investierten Aktienkapitals." Redner ersucht zum Schluß, die Anträge der Verwaltung abzulehnen.

Die Verwaltung widerlegte den größten Teil der Angriffe.

Ein anderer Aktionär wünschte dann Auskunft, weshalb die Generalunkosten nicht spezifiziert würden, worauf die Verwaltung erwiderte, daß das mit Rücksicht auf die Konkurrenz geschehe. Die Generalunkosten hätten sich gegen das Vorjahr um etwa 5 Proz. erhöht. Schließlich wurden der Geschäftsbericht und die Bilanz nach längerer Debatte genehmigt; einige Aktionäre legten dagegen Protest ein. Dem Wunsche auf Einsetzung einer Revisions-Kommission oder Revision durch eine Treuhandgesellschaft wurde von dem Vorsitzenden entgegengehalten daß alle Inventurwerte mit größter Sorgfalt geschätzt und in die Bilanz eingestellt seien.

Zur Begründung der Anträge über die Kapitalserhöhung wurde ausgeführt, daß das Werk Penig bis jetzt mit Herstellungsarten zu rechnen habe, die unmodern sind. Hier müsse eine Aenderung eintreten, für bestimmte Arten der Fabrikation sollen neue Maschinen angeschafft werden. Nach den Anträgen der Verwaltung wird den Aktionären die Berechtigung eingeräumt, ihre Aktien von je nominal 1000 ℳ in Vorzugsaktien mit dem gleichen Nennbetrage dadurch umzuwandeln, daß sie auf den Nennwert den Betrag von 30 Proz., also die Summe von 300 ℳ zuzahlen. Die zu Vorzugsaktien umgewandelten Aktien erhalten nach Stellung der Reserven aus dem Jahresgewinne vorweg aus diesem Gewinn eine Dividende bis zur Höhe von 6 Proz. des Kapitalbetrags. Der hiernach verbleibende Reingewinn wird den Inhabern derjenigen Aktien, die nicht zu Vorzugsaktien umgewandelt worden sind und die daher Stammaktien bleiben, bis zur Höhe von 4 Proz. des Kapitalbetrages zugeteilt. Der dann noch vorhandene Reingewinn wird den beiden Aktiengattungen nach dem prozentualen Verhältnis der Kapitalbeträge zugewiesen, soweit nicht die Generalversammlung Vortrag auf neue Rechnung beschließt. Reicht der Jahresgewinn zur Deckung der Vorzugsdividende von 6 Proz. nicht aus, so ist der Fehlbetrag vorweg aus dem Gewinn des folgenden Jahres oder der folgenden Jahre an die Inhaber der Vorzugsaktien nachzuzahlen. Im Falle der Liquidation der Gesellschaft werden vorweg die Kapitalbeträge der Vorzugsaktien nebst den etwa rückständigen Dividenden voll gedeckt. Erst dann werden die liquiden Mittel zur Deckung der Stammaktien verwendet. Die neue Gewinnverteilung kommt erstmalig für das mit dem 1. Juli 1912 beginnende Geschäftsjahr zur Anwendung und die Vorzugsaktien sowie die Stammaktien haben gleiches Stimmrecht. Die Erhöhung erfolgt durch Ausgabe von 500 Stück Vorzugsaktien im Nennwerte von je 1000 ℳ zum Parikurse. Unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre überläßt die Generalversammlung von den neu auszugebenden Vorzugsaktien 500 Stück einem Familienkonsortium. Dieses bewirkt eine dem Betrage der übernommenen Vorzugsaktien gleichhohe Sacheinlage dadurch, daß es der Gesellschaft gleichhohe, gegen sie ihm zustehende Forderungen, die auf den Grundstücken der Gesellschaft hypothekarisch eingetragen sind, samt Hypotheken sowie nebst Zinsen auf die Zeit vom 1. Juli 1912 ab übereignet. Die Gesellschaft nimmt die übereigneten Forderungen samt Hypotheken als Einlage auf das erhöhte Grundkapital an. Die Anträge der Verwaltung wurden mit 760 Stimmen angenommen. Auch hiergegen gaben einige Aktionäre Proteste zu Protokoll.

Kalisyndikat.

§ Die gestrige Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats, welcher eine Sitzung des Aufsichtsrats voranging, genehmigte den Eintritt der Gesellschaft Orlas in das Syndikat. Sie erteilte ferner dem Aufsichtsrat und dem Vorstand Entlastung für die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1910. Als Revisoren für die Jahresrechnung 1911 wurden die Herren Direktoren Willing und Honigmann und als deren Stellvertreter die Herren Direktoren Meyer und Hartwig gewählt. Die Wahlperiode des gegenwärtigen Aufsichtsrats des Kalisyndikats läuft für dieses Jahr ab. Auf Grund der in der gestrigen Versammlung vorgenommenen Neuwahl besteht der Aufsichtsrat für die nächste zweijährige Wahlperiode aus folgenden Herren: Kempner, Gante, Korte, Besserer, Emil Sauer, Kotz, Marckhoff, Krüger, Fischer Eltzwasser, Busch, Direktor Ebeling, Ziervogel, Dr. Wilhelm Sauer und Baer. Zum Vorsitzenden wurde der Geh. Justizrat Kempner einstimmig wiedergewählt. Der Vorstand erstattete den Geschäftsbericht. Das Novembergeschäft war fast in allen Ländern günstig. Der Absatzwert stellte sich auf etwa 2,4 Millionen Mark höher als derjenige des gleichen Monats im Vorjahre. Eine halbe Million Mark des Mehrabsatzes entfiel auf Amerika. Für die ersten elf Monate des Jahres 1911 beträgt der Mehrabsatzwert der Syndikatswerke 22 bis 23 Millionen Mark. Der Absatz der Syndikatswerke im Jahre 1911 nach den Vereinigten Staaten wird seitens des Vorstandes auf 46 Millionen Mark geschätzt.

Die günstige Witterung und die ermäßigten Tarife in Deutschland haben zur Folge, daß auch im Dezember die Abrufe noch besonders zahlreich einlaufen und daß mit einem befriedigenden Resultat gerechnet werden darf. Es erscheint allerdings nicht ausgeschlossen, daß die Wetterverhältnisse manchen Landwirt veranlaßt haben seinen Bedarf für die Düngung im Januar und Februar teilweise schon jetzt zu bestellen. Der Lieferungsvertrag mit den großen deutschen landwirtschaftlichen Körperschaften ist auf bisheriger Basis bis Ende 1915 erneuert worden. Dieser Vertrag berücksichtigt die Interessen der Körperschaften und des Handels in gleicher Weise, so daß erwartet werden kann, daß der Handel das Interesse, welches er im letzten Jahre im Kaligeschäft genommen hat und auch durch einen wesentlich gesteigerten Absatz des Handels in Erscheinung trat, auch für die nächsten Jahre bewahren wird. — Im übrigen wurden laufende geschäftliche Angelegenheiten erörtert.

Börsen- und Handelswesen.

§ An der gestrigen Berliner Börse stellten sich die Ultimonotierungen wie folgt:

3proz. Buenos 73,50—73,75, 1902er Russische Anleihe 91,37, Türkenlose 169,50, Comm.- u. Disconto-Bank 117,37, Darmstädter Bank 126,75, Deutsche Bank 263,62—263,50—263,62, Diskonto 191,62—191,50, Berliner Handelsges. 170,50—170,62 bis 170,25, Nationalbank 127,50, Schaaffhaus. Bankverein 126,50, Kreditaktien 203,50—203,75, Petroleum. Int. Bank 212,75—212,60 bis 214, Russische Bank 156,25—156,75, Baltimore 103,25—103,37, Canada 244,50—244,25—244,37, Pennsylvania 118,50, Meridionalbahn 120,50, Lombarden 19,12, Prince Henri 151—151,12—150,75, Schantung 125,75—126,62, Warschau-Wien 184—183,75, Elektrische Straßenbahn 91,35, Gr. Berliner Straßenbahn 192,75—192,62, Hamb. Paketfahrt 141,62—141,75—141,50—141,62, Hansa 206 bis 206,75—206,37—206,62, Nordd. Lloyd 104,37—104,50—104,25 bis 104,37, Dynamit-Trust 187—186,80—187, South West 157,37, Kunetz-Friede 200,75—201,37—201, Bochumer 281,50—281,87 bis 281,12—281,50, Caro, Oberschles. 91—91,12, Deutsch-Luxemb. 191,87—192—191,87—192—191,62, Gelsenkirchen 199,50—199,87 bis 200,50—200, Harpener 194,62—194,50—195—194,87, Hohenlohe-Werke 207,25, Laurahütte 177,75—178,12, Oberschles. Eisenbahn-Bedarf 106,25, Phönix 256,87—256,75—257,12—256,87, Rheinische Stahlwerke 173,50—173,75—173,50—173,75, Rombach 189,62 bis 189,37, Allg. Elektr. 265—265,12—265—265,75—266,25—265,37, Deutsch-Ueberjee Elektr. 181,25—181,37, Ges. für Elektr. Unternehmungen 182—182,87, Schuckert 165,37—165,50—165,37, Siemens & Halske 245—245,37, Elektr. Licht und Kraft 132—131,87.

Bank- und Geldwesen.

§ Die Leipziger Immobiliengesellschaft schätzt ohne Verbindlichkeit und unter allem Vorbehalt die Dividende für das Jahr 1911 auf 9 (9) Proz.

§ Die Leipziger Baubank schätzt ohne Verbindlichkeit und unter allem Vorbehalt die Dividende für das Jahr 1911 auf 6 (5½) Proz.

* Vogtländische Kredit-Anstalt, Aktiengesellschaft, in Falkenstein. Das zu Ende gehende Geschäftsjahr hat einen günstigen Verlauf genommen. Die Dividende dürfte, wie in den letzten fünf Jahren vorher, ebenfalls wieder 7 Proz. betragen.

* Regreßansprüche gegen die Berliner Handelsgesellschaft. Ein Aktionär der zusammengebrochenen Niederdeutschen Bank, der Rentier Wirtensohn in Münster i. W., hatte gegen die Berliner Handelsgesellschaft als Emissionshaus der Aktien der Niederdeutschen Bank eine Klage auf Leistung von Schadenersatz angestrengt. Vor dem Landgericht Berlin-Mitte fand gestern in dieser Angelegenheit ein Verkündungstermin statt. Das Gericht hat beschlossen, dem Antrage auf Beweiserhebung stattzugeben.

* Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes (E. V.) in Berlin. In dem in der Hauptversammlung bekanntgegebenen Jahresbericht wird einleitend betont, daß die Aufgabe des Verbandes nicht nur auf die Wahrung der Interessen des Bankgewerbes, sondern auch namentlich auf die Berücksichtigung der Bedürfnisse des Allgemeinwohls gerichtet war. Zu der im Verhältnis zu den ausländischen Zuständen unzureichenden Entwicklung unseres bargeldlosen Zahlungsverkehrs haben Vorstand und Ausschuß des Verbandes der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß eine Verminderung des Bedarfs des Publikums an baren Zahlungsmitteln der einzige Weg ist, auf dem einer übermäßigen Inanspruchnahme der Reichsbank an den Vierteljahrsterminen wirksam begegnet werden kann. Es wurde hervorgehoben, daß der bei der Reichsfinanzreform von 1909 eingeführte Scheckstempel den Erfolg der auf Verbesserung unseres Zahlungswesens gerichteten Bestrebungen erheblich beeinträchtigt, und daß der Postscheckverkehr infolge der bestehenden allzu hohen Gebührensätze sich bisher noch nicht in dem zu wünschenden Umfang zu entwickeln vermocht hat. Der Verband erwartet von der in der Postscheckkonferenz vom 5. Dezember zugesagten gesetzlichen Regelung des Postscheckwesens eine Beseitigung der erheblichsten Mängel. Ferner wird auf die Belästigungen hingewiesen, die dem Postscheckverkehr durch die unklare Wortfassung der bezüglichen Gesetzesbestimmung erwachsen. Hier wird Klarheit durch ausstehende Reichsgerichtsurteile erwartet. Sodann werden im Bericht die Erfolge des Verbandes bei der Bekämpfung der Bucketshops erwähnt, wobei die wertvolle Unterstützung durch die Presse hervorgehoben wird. Der Verband ist auch in zahlreichen Fällen dem Mißbrauch der Bezeichnungen: Bank und Bankgeschäft durch Geschäftsleute zweifelhafter Qualität, die sich derselben zum Zweck der Täuschung des Publikums über Art und Umfang ihres Gewerbebetriebs bedienten, auf zivil- und strafrechtlichem Wege entgegengetreten. Es ist gelungen, in mehreren gerichtlichen Urteilen den Grundsatz zur Anerkennung zu bringen, daß die für den Begriff des Bankgeschäfts maßgebende Verkehrsauffassung das Recht auf diese Bezeichnung nur einem solchen kaufmännischen Unternehmen zugesteht, das auf der Grundlage bankgeschäftskundiger Leitung und angemessener Geldmittel eine ständige gewerbsmäßige Verbindung mit dem Kapitalmarkt (dem Geld- und Wertpapiermarkt) zu bankmäßiger Kreditgewährung, zum An- und Verkauf von Wertpapieren aufweist. Dem vielfach zu beobachtenden Uebergang öffentlicher Sparkassen zu bankgewerblicher Tätigkeit, gegen welchen von namhaften Theoretikern und Praktikern auf dem Gebiet des Sparkassenwesens unter gesamtwirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten schwerwiegende Bedenken erhoben worden sind, hat der Verband seine ernste Aufmerksamkeit zugewandt. Das einschlägige Material ist gesammelt und wird nach objektiver Prüfung und Durcharbeitung zweckentsprechend verwertet werden. Für den Beamtenversicherungsverein des deutschen Bank- und Bankiergewerbes besteht sichere Aussicht, daß er als Ersatzanstalt im Sinne des Gesetzes zugelassen wird. Dem Verein gehörten am 30. November d. J. 18 007 versicherte Beamte (11 135 am 31. Dezember 1910) an; die monatlichen Beiträge beliefen sich an genanntem Tage auf 288 023 (172 045) ℳ. Diese Zahlen werden bis zum Jahresschluß durch den Zugang weiterer Angestellter der bis 5. Dezember d. J. dem Verein beigetretenen Firmen eine nicht unbeträchtliche Vermehrung erfahren.

Berg- und Hüttenwesen.

§ Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke Glückauf, Aktiengesellschaft, in Zechau. Die Einlösung des 16. Zinsscheins der 4½proz. Teilschuldverschreibungen Serie 1. Anleihe erfolgt vom 2. Januar ab in Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt.

* Steinkohlenbauverein Hohndorf, Hohndorf (Bez. Chemnitz). Das Gewinnerträgnis für 1911 wird, wie verlautet, voraussichtlich dem der letzten Jahre ähnlich sein. Die nur wenig gebesserte Lage des Kohlenmarktes kann leicht durch Witterungseinflüsse und Streiks gestört werden und läßt sich deshalb ein Urteil über die Zukunft schwer abgeben.

* Lugauer Steinkohlenbauverein zu Lugau. Die Geschäftslage im Jahre 1911 war, wie man hört, zwar im allgemeinen besser als 1910, doch dürfte, da sich die Gestehungskosten durch höhere Arbeitslöhne und so weiter gesteigert haben, der Bruttogewinn entsprechend geringer ausfallen als im Vorjahre, was auch auf die Dividende (i. V. 50 ℳ bzw. 65 ℳ) von Einfluß sein dürfte.

-t. Ein Zusammenschluß in der Braunkohlenindustrie ist, wie wir erfahren, jetzt erfolgt. Es hat sich nämlich ein großer Teil des ostdeutschen Braunkohlenbergbaues zu einer Braunkohlen- und Brikettverkaufsvereinigung mit dem Sitze in Frankfurt an der Oder zusammengeschlossen. Mitglieder der neuen Vereinigung sind folgende Werke: Frankfurt-Finkenheerder Braunkohlen-Aktiengesellschaft, die Wutschdorfer Kohlenwerke, die Gewerkschaft Klagenreich bei Fürstenwalde, die Gewerkschaft Grube Oskar, die Gewerkschaft Borussia und die Vereinigten Zielenziger Kohlenwerke. Die vereinigten Werke vertreten zusammen ein Kontingent von etwa 3 Millionen Zentner Briketts und etwa 2,7 Millionen Hektoliter Rohkohlen. Die Vereinigung bezweckt eine Regulierung der Preise und der Produktion. Allerdings hat sie mit zwei beachtenswerten Außenseitern zu rechnen, und zwar erstens mit den Reichenwalder Braunkohlenwerken bei Frankfurt a. d. Oder und zweitens mit der den Niederlausitzer Kohlenwerken gehörenden Grube Präsident bei Fürstenberg, deren Produktion durch die Firma Wulff & Co. vertrieben wird. Der gefährlichste von diesen beiden Außenseitern ist die Grube Präsident, weil sie am Wasser liegt und ihre ganze Produktion auf dem billigeren Wasserwege vertreiben kann. Es ist zweifelhaft, ob die beiden Fabriken überhaupt in die Vereinigung gehen werden.

* Buderusche Eisenwerke in Wetzlar. In der letzten Aufsichtsratssitzung berichtete der Vorstand über das voraussichtliche Erträgnis des laufenden Jahres. Trotz der bisher unbefriedigenden Preise für Roheisen und einzelne Gußerzeugnisse, insbesondere Muffendruckrohre, wird dank der durch Betriebsverbesserungen eingetretenen Selbstkostenverbilligung der erzielte Gewinn bei den gleichen Abschreibungen wie im Vorjahre die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. auf das infolge der Verschmelzung mit der Zeche Massen erhöhte Aktienkapital von 22 000 000 Mark gestatten. Im Vorjahre wurden von Buderus 5½ Proz. Dividende auf 12 500 000 ℳ Aktienkapital und von Massen 6 Proz. Dividende auf 7 000 000 ℳ Aktienkapital gezahlt. Wie der Vorstand weiter berichtete, herrscht zurzeit in allen Betriebsabteilungen eine lebhafte Beschäftigung.

O-i. Die oberschlesische Kohlenverladung betrug in der ersten Dezemberhälfte 131 288 (129 764) Wagen. Die Kohlenausfuhr betrug im November 1 006 234 (919 647) Tonnen.

§ Minendividenden. New Kleinfontein 1 s 6 d; Esperanza 1 s 6 d; Ivanhoe 1 s 6 d.

Braugewerbe.

Br. Aktienbierbrauerei Sambrinus in Dresden. In der gestrigen Generalversammlung wurde die Jahresrechnung von 1910/11 einstimmig genehmigt und die Dividende auf 6 Proz. festgesetzt.

⨯⨯ Dortmunder Aktienbrauerei in Dortmund. In der gestrigen Generalversammlung wurde beschlossen, eine Dividende von 20 Proz. zu verteilen. Obgleich die Rohstoffpreise eine Steigerung erfahren haben, hofft man auch im neuen Geschäftsjahr wieder ein befriedigendes Ergebnis zu erzielen.

⨯⨯ Dortmunder Unionbrauerei in Dortmund. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf 25 Proz. fest. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr seien weiter günstig, zumal voraussichtlich die Erträgnisse aus Grundstücksverkäufen auf das Ergebnis günstig einwirken. Der Absatz weist gegenüber derselben Zeit des Vorjahres eine Steigerung auf.

Br. Erste Kulmbacher Aktien-Export-Bierbrauerei in Kulmbach. In der Generalversammlung wurde der Abschluß einstimmig genehmigt, Entlastung erteilt und die Dividende auf 18 Proz. festgesetzt. Auf Anfrage teilte der Vorstand mit, daß der Geschäftsgang im laufenden Jahre eine recht erfreuliche Entwicklung genommen habe.

Stoffgewerbe.

* Baumwollspinnerei Lengenfeld, Aktiengesellschaft, in Lengenfeld i. V. Die Generalversammlung genehmigte die Dividende von 3 Proz., die vom 2. Januar ab zahlbar ist. Der Vorstand berichtete, daß die Gesellschaft gut beschäftigt und die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr günstig seien.

Transportwesen.

§ Allgemeine Deutsche Kleinbahngesellschaft, Aktiengesellschaft, in Berlin. Die am 2. Januar fälligen Zinsscheine Nr. 5 der zu 3½ Proz. verzinslichen Obligationen werden mit 9 ℳ für die Obligationen Lit. A und mit 4,50 ℳ für Lit. B in Leipzig bei der Mitteldeutschen Privatbank, Aktiengesellschaft, und bei der Dresdner Bank vom 21. Dezember ab eingelöst.

Betriebsausweise.

Oesterreichische Südbahn. Vom 1. bis 10. Dezember 3 506 231 (gegen Vorj. mehr 10 711, gegen prov. mehr 158 880) Kronen.

§ Orientbahn. Die Bruttoeinnahmen betrugen vom 3. bis 9. Dezember 397 654 (+ 92 207) Fr.; seit dem 1. Januar 15 648 397 (+ 16 026) Fr.

Verschiedene Gesellschaften.

‡ Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig. Die Verwaltung teilt mit, daß sich die Höhe der diesjährigen Dividende jetzt naturgemäß noch nicht feststellen läßt, daß nach dem bisherigen Geschäftsgange aber kein Grund zu ihrer Schmälerung gegen die Vorjahre vorliege.

* Moritz Prescher Nachfolger, Aktiengesellschaft, in Leutzsch-Leipzig. Wie die Verwaltung mitteilt, ist der Geschäftsgang in diesem Jahre flott gewesen. Da das Unternehmen jedoch schon seit September durch den Streik in Mitleidenschaft gezogen worden sei, so sei es ganz unmöglich, schon jetzt zu sagen, ob der letztere eine tiefere Wirkung auf das Jahresergebnis hervorrufen werde.

Br. Kapitalerhöhung der Maschinenfabrik Schubert & Salzer, Aktiengesellschaft, in Chemnitz. In Ergänzung unserer gestrigen telegraphischen Meldung wird uns geschrieben: An der nach Dresden einberufenen außerordentlichen Aktionärversammlung beteiligten sich 14 Aktionäre in Vertretung von 1440 Aktien. Die Verwaltung begründete eingehend ihren Kapitalserhöhungsvorschlag, wobei darauf hingewiesen wurde, daß der Geschäftsgang in den ersten acht Monaten des laufenden Betriebsjahres recht befriedigend gewesen sei. Man habe die Ueberzeugung gewonnen, daß es notwendig sei, nunmehr einen Teil der Fabrikationsstätten sehr erheblich zu erweitern, einmal um in der Lage zu sein, künftig etwas schneller liefern zu können, des weiteren aber, um sich für gewisse Fabrikate einen Vorrat beschaffen zu können. Beabsichtigt sei die Errichtung eines sehr großen Neubaues auf eigenen Terrains, die man durch Ankauf eines Nachbargrundstücks bereits in der nötigen Weise arrondiert habe. Etwa 2 bis 2½ Millionen Mark werde man für die Betriebserweiterung einschließlich der hierfür erforderlich werdenden neuen Betriebsmittel benötigen. Um in der Finanzpolitik vorsichtig zu sein, wolle man zunächst nur zu einer Kapitalserhöhung um ½ auf 4 Millionen schreiten und hoffe dann in der nächsten ordentlichen Generalversammlung den Aktionären weitere Finanzpläne unterbreiten zu können. Voraussichtlich werde man dann auf eine größere Anleihe zukommen, deren Begebung ja keinerlei Schwierigkeiten entgegenstehen, da der Grundbesitz sich wesentlich vermehrt hat und die gesamten Betriebsanlagen nur sehr mäßig belastet sind. Mit Hilfe der neuen Anlagen hofft man nicht nur den alten Kundenstamm besser bedienen zu können, sondern auch den Kundenkreis selbst wesentlich auszudehnen, da man sich bisher öfter größere Aufträge wegen zu knapper Lieferungsfristen entgehen lassen mußte. Die 500 neuen, erst ab 1. April 1912 dividendenberechtigten Aktien sollen zu 215 Proz. begeben und durch das Uebernahmekonsortium, das den Stempel und sämtliche Unkosten einschließlich der Börseneinführung zu tragen hat, zum Kurse von 235 Proz. den alten Aktionären dergestalt zum Bezuge angeboten werden, daß auf 7 alte je eine neue Aktie entfällt. Anfragen wurden seitens der Aktionäre nicht gestellt, auch nicht mit Bezug auf den gemeldeten Verkauf der Registrierkassenabteilung, der die Oeffentlichkeit in letzter Zeit öfter beschäftigte.

Br. Porzellanfabrik zu Kloster Veilsdorf. Die Verwaltung teilt uns mit, daß die Dividende für 1911 auf 9 Proz. und 10 ℳ für den Genußschein geschätzt werden kann (wie i. V.).

* Die Chemischen Werke Albert, Amöneburg bei Biebrich am Rhein, schätzen die Dividende auf 30 (32) Prozent.

* Chemische Fabriken vorm. Weiler-ter Meer. Aus Verwaltungskreisen wird mitgeteilt, daß eine höhere Dividende als 12 Proz. nicht beabsichtigt sei.

Verbände.

⨯⨯ Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat. Wie wir hören, findet die nächste Beiratssitzung und Zechenbesitzerversammlung bereits am 22. Dezember statt. Bei dieser Gelegenheit sollen auch die Richtpreise für das nächste Geschäftsjahr herausgegeben werden. Man erwartet bis dahin eine Verständigung mit den außenstehenden Zechen.

Verlosungen.

§ Erbländischer Ritterschaftlicher Creditverein im Königreich Sachsen. Das Nummernverzeichnis der ausgelosten Pfandbriefe befindet sich unter den Anzeigen der vorliegenden Nummer.

§ Zechau-Kriebitzscher Kohlenwerke Glückauf, Aktiengesellschaft, in Zechau. Das Nummernverzeichnis der ausgelosten Teilschuldverschreibungen befindet sich unter den Anzeigen der vorliegenden Nummer.

Zahlungseinstellungen usw.

— Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Arno Hugo Henschel, Inhabers der Firma Erste Sächsische Aermel-Werkzeugfabrik Hugo Henschel in Leipzig-Lindenau, Uhlandstraße 35, soll die Schlußverteilung erfolgen. Hierzu sind 5397,91 M. verfügbar. Zu berücksichtigen sind 43,30 Mark bevorrechtigte und 10 806,44 M. nichtbevorrechtigte Forderungen.

— Der Konkursverfahren über den Nachlaß des Privatkonsulenten Friedrich Wilhelm Seed in Leipzig, Pfaffendorfer Straße 17, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.